

Die Verantwortung des UN-Sicherheitsrates für den Frieden im Nahen Osten

von Henry Siegman*

Die internationale Gemeinschaft hat endlich begonnen, die völlige Vergeblichkeit der jahrzehntelangen Erwartungen zu erkennen, dass eine israelische Regierung einer fairen und haltbaren Friedensvereinbarung zustimmen könnte, einem Frieden, der die vier Jahrzehnte alte Unterdrückung und die Verweigerung nationaler und individueller Rechte des palästinensischen Volkes beendet.

Man möchte hoffen, dass die Bedeutung des Vorschlages von Javier Solana, dem EU-Beauftragten für die Außenpolitik, registriert wird. Solana hat vorgeschlagen, dass der UN-Sicherheitsrat die Verantwortung für die Errichtung eines palästinensischen Staates zu einem bestimmten Zeitpunkt übernimmt, wenn die Parteien keinen Vertrag erreichen. Der Sicherheitsrat würde dann die Grenzen Israels und des neuen palästinensischen Staates festlegen und Parameter formulieren, um die anderen auf Dauer ausgerichteten Statusprobleme zu regeln – Jerusalem, Flüchtlinge und Sicherheit.

Natürlich kann das nicht ohne die Zustimmung und die Führung der USA geschehen, was unwahrscheinlich ist, wenn solch ein Vorschlag irrtümlicherweise als Bestrafung für den ausgebliebenen Vollzug [seitens der israelischen Politik] statt als originale Absicht verstanden wird, die Resolutionen 242 und 338 zu erfüllen, die Israels Rückzug auf die 1967er Grenzen verlangt. Wie ich schon früher geschrieben habe, war die Verantwortung des Sicherheitsrates, die Konsequenzen des Sechstagekrieges zu regeln, sollten die Parteien dazu nicht in der Lage sein, in der Sprache der Resolutionen angelegt. Sie betonte die Unzulässigkeit des Territorialerwerbs durch Gewalt. Israels Besatzungspolitik und sein riesiges Siedlungsunternehmen waren auf der gegenteiligen Annahme angelegt – wenn kein Friedensvertrag mit den Palästinensern erreicht werde, seien die Resolutionen „passé“ und die

* Henry Siegman: The UNSC's responsibility for Middle East peace, in „Haaretz“ 21.07.2009. Der Autor war Direktor des „American Jewish Congress“ und leitet heute das „U.S. Middle East Project“. Die Übersetzung auf dem Englischen erfolgte von Reiner Bernstein.

Besetzung palästinensischen Landes und Volkes könne auf unabsehbare Zeit fortgesetzt werden.

Wäre diese Lesart richtig, hätten die Resolutionen des Sicherheitsrates als eine unwiderstehliche Einladung an Israel gedient – und an alle anderen Besatzer –, Friedensgespräche zu vermeiden, um den Status quo sicherzustellen. Das genau hat natürlich Israel getan, in eindeutiger Verletzung der Feststellung der Resolution 242, dass ein Territorium nicht durch Krieg erworben werden darf.

Israels Behauptung war lange die, dass – da es vor dem Krieg von 1967 keinen palästinensischen Staat gab – es keine anerkannte Grenze für den Rückzug gegeben habe, da die Grenze vor 1967 lediglich eine Waffenstillstandslinie gewesen sei. Mehr noch: Da die Resolution 242 einen „gerechten und dauerhaften Frieden“ verlangt, der es „jedem Staat in der Region“ erlauben würde, „in Sicherheit zu leben“, behauptet Israel, dass es erlaubt sein müsse, die Waffenstillstandslinie entweder bilateral oder einseitig zu verändern, um es vor dem Ende der Okkupation zu sichern.

Das sind aus verschiedenen Gründen bestechende Argumente, doch besonders deshalb, weil der Teilungsplan 181 der UN-Vollversammlung von 1947, der den jüdischen Staat international die Legitimität zugesprochen hat, auch das verbleibende palästinensische Territorium außerhalb der Grenzen des jüdischen Staates als ein zumindest gleichgewichtiges legitimes Vermächtnis der arabischen Bevölkerung Palästinas anerkannt hat. Damit erhielt sie das Recht, einen eigenen Staat zu begründen, und die Grenzen jenes Territoriums wurden genau ausgewiesen. Die Bestätigung des Rechts der arabischen Bevölkerung Palästinas auf nationale Selbstbestimmung durch die Resolution 181 gründete auf dem normativen Recht und dem demokratischen Prinzip, dass der Mehrheitsbevölkerung die Staatlichkeit zusteht. (Damals machten die Araber zwei Drittel der Bevölkerung Palästinas aus.) Dieses Recht darf nicht ausgehöhlt werden, weil sich sein Vollzug verzögert.

Ich habe in meinen schriftlichen Äußerungen jahrelang argumentiert, dass die internationale Gemeinschaft dabei versagt hat, Israels Behauptung zurückzuweisen, dass die Besetzung und die Schaffung von „facts on the

ground“ nicht ewig andauern könnten, wenn es keinen Vertrag gebe, dem Israel zustimme. Dieses Unvermögen hat allen früheren Friedensinitiativen und Friedensbotschaftern eine Niederlage beigebracht. Aktuelle Bemühungen werden dasselbe Schicksal erleiden, wenn dieses grundlegende Problem nicht endlich angesprochen wird. Die USA und die internationale Gemeinschaft müssen endlich auf der Grundlage der schlichten Logik der Resolutionen handeln, dass das Versäumnis eine Rückkehr zum Status quo ante – der Grenzen vor 1967 – bedeutet, und zwar ohne territoriale und andere Veränderungen, die in Verhandlungen und einer Friedensvereinbarung erreicht haben mögen.

Was gebraucht wird, um Solanas Vorschlag zu folgen, ist eine Resolution des Sicherheitsrates mit der Bestätigung, dass Veränderungen der Lage vor 1967 nur vertraglich zwischen den Parteien vorgenommen werden dürfen und dass einseitige Maßnahmen keine internationale Anerkennung finden; das Versäumnis der Resolution 242 ist eine Rückkehr der Besatzungskräfte Israels auf die Grenze vor 1967. Außerdem [muss sichergestellt werden], dass – sollten die Parteien keine Vereinbarung innerhalb eines vorgegebenen Zeitabschnitts erreichen – das Versäumnis der Vorgaben der Resolutionen von 1967 und 1973 vom Sicherheitsrat bestätigt wird. Dann sollte der Sicherheitsrat seine eigenen Bedingungen für ein Ende des Konflikts zugrunde legen und für eine internationale Streitmacht sorgen, die in den besetzten Gebieten die Geltung des Rechts sicherstellen hilft, die Palästinenser beim Aufbau ihrer Institutionen unterstützt, die Sicherheit Israels durch die Verhinderung grenzverletzender Gewalt sicherstellt und dafür sorgt, dass seine Bedingungen für ein Ende des Konflikts durchgesetzt werden.

Präsident Obama hat die Absicht angedeutet, dass er Israel und der Palästinensischen Autonomiebehörde einen Rahmen für eine dauerhafte Status-Vereinbarung vorlegen wird. Seinem Ziel des Friedens, bevor im Nahen Osten die Zweistaatenlösung verschwindet, wäre am besten gedient, wenn ein solcher Rahmen die Grundlage für eine Resolution des Sicherheitsrates würde, die einen palästinensischen Staat etabliert.
